

# Lernt aus unseren Fehlern!

## Wie man sich dem Autoritarismus widersetzt

Von **Rachel Cohen**

Donald Trump unterminiert in seiner zweiten Amtszeit systematisch die Unabhängigkeit der Justiz in den USA. Sein erstes Angriffsziel waren dabei Anwaltskanzleien. Viele der kommerziellen Großkanzleien knickten vor seinen Drohungen ein und boten dem Präsidenten Deals an.<sup>1</sup> Als sich abzeichnete, dass sich auch ihre Firma Trump andienen würde, kündigte Rachel Cohen ihre Anstellung bei der Großkanzlei Skadden, Arps, Slate, Meagher & Flom. Die junge Anwältin aus Chicago wollte den autoritären Umbau des Justizsystem nicht schweigend hinnehmen. Sie verließ nicht nur ihre Firma, sie initiierte auch Protestschreiben und schloss sich einer Kanzlei an, die Mandanten vertritt, die sich gegen die Regierung wehren. Sie hält Vorträge vor Jurastudenten und erstellt Handreichungen für junge Anwältinnen und Anwälte, damit diese wissen, wie sie sich gegen verfassungswidrige Maßnahmen wehren können.

Für ihr Engagement erhielt Cohen jetzt den zum ersten Mal verliehenen Konrad-Redeker-Preis für Rechtsstaatlichkeit, Haltung und Resilienz. Sie habe „mit ihrem Mut, ihrer Haltung und ihrem Engagement dazu beigetragen, dass sich inzwischen breiter und offener Widerstand gegen die Angriffe der US-Administration auf die Anwaltschaft formiert hat“, begründete Dr. Roya Sangi, Partnerin der Kanzlei Redeker Sellner Dahs, in ihrer Laudatio die Wahl. Cohens Handeln habe andere Kanzleien dazu veranlasst, keine Deals mit Trump zu schließen – „nicht zuletzt aus Sorge um den Verlust ihrer jungen Talente“. Wir dokumentieren im Folgenden die Dankesrede von Rachel Cohen bei der Preisverleihung am 6. Juni im Berliner Humboldt Forum.

**U**S-Präsident Donald Trump hat kurz nach seinem Amtsantritt eine unglaubliche Anzahl von Angriffen auf amerikanische Institutionen gestartet, die er als gegen ihn gerichtet betrachtet. Ich werde hier seine Angriffe auf das amerikanische Rechtssystem skizzieren, darüber sprechen, wie ich Widerstand zu organisieren versuche, und möchte Ihnen einige Lehren mit auf den Weg geben, von denen ich hoffe, dass sie Ihnen helfen werden, die wachsenden rechtsextremen Einstellungen in Deutschland und anderen Ländern zu bekämpfen. Auch wenn es erschreckend ist, wie weit verbreitet solche Haltungen sind, bieten die globalen Gemeinsamkeiten eine wichtige Chance für eine Zusammenarbeit.

Mein Land ist auf dem Weg zum Autoritarismus weiter als Ihres, und ich hoffe, Sie können aus unseren Fehlern lernen. Und ich bleibe optimistisch,

1 Vgl. Steven Levitsky, Lucan Way und Daniel Ziblatt, Der Preis der Opposition, in diesem Heft.

weil ich es muss. Deshalb hoffe ich auch, dass Sie am Ende von unserem Erfolg bei der Abwehr der Bedrohung unserer Demokratie lernen können.

Präsident Trumps Angriffe auf das Rechtssystem sind durch den Wunsch motiviert, die amerikanische Justiz zu verstümmeln. Trump-Loyalisten haben in beiden Parlamentskammern die Mehrheit und eine Mehrheit hat ihn gewählt. Auch wenn es in den USA erheblichen und lautstarken Widerstand gegen Trumps Vorhaben gibt, die wichtigste institutionelle Kontrolle seiner Macht bleiben die Gerichte. Richterinnen und Richter waren das Ziel vieler autoritärer Regime. Aber Trumps Strategie war besonders effektiv, weil er bei seinen ersten Attacken auf die Justiz gerade nicht auf die Gerichte zielte. Stattdessen nahm er Anwältinnen und Anwälte ins Visier.

Weniger als zwei Monate nach seinem Amtsantritt begann Trump, mit Dekreten großen Anwaltskanzleien ihre Verträge mit der Regierung und ihre Sicherheitsfreigaben zu entziehen und andere Strafmaßnahmen zu ergreifen. In diesen Anordnungen wurde behauptet, die Kanzleien stellten eine Bedrohung für die amerikanische Demokratie dar, weil sie in der Vergangenheit gegen Präsident Trump opponiert hatten und weil sie bei Einstellungen auf die Diversität der Angestellten geachtet hatten – eine Praxis, die in fast der gesamten Branche üblich war. Trump sendete damit eine klare Botschaft an die Anwältinnen und Anwälte: Stellt euch vor Gericht nicht gegen mich! Und mit der Untersuchung der Diversitätsrichtlinien für Einstellungen hatte er einen Hebel, mit dem er leicht gegen jede Kanzlei vorgehen konnte, die vor Gericht gegen seine Interessen auftrat.

Während er einen Krieg gegen kommerzielle Kanzleien führte, erließ der Präsident gleichzeitig Dekrete, die bestimmten gemeinwohlorientierten Anwältinnen und Anwälte den Anspruch auf den Erlass von Studienschulden entzogen, den Angestellte in gemeinnützigen Organisationen und im öffentlichen Sektor haben. Gleichzeitig drohte er Strafmaßnahmen für die Übernahme bestimmter Mandate an. Diese Anordnungen betrafen vor allem die Vertretung von Migranten und die Verteidigung der Meinungsfreiheit, insbesondere von Demonstrationsteilnehmern.

Ich habe all diese Entwicklungen verfolgt, während ich Dokumente komplexer Finanzgeschäfte prüfte. Bis März arbeitete ich als Anwältin für Finanzrecht bei Skadden Arps. Nach dem Erlass des ersten Präsidentendekrets, das sich gegen eine kommerzielle Kanzlei richtete, wandte ich mich an die Führungskräfte meines eigenen Unternehmens, um meine Unterstützung für eine Reaktion der Anwaltskanzleien anzubieten. Es schien undenkbar, dass es keinen Plan für ein gemeinsames Vorgehen gab, denn die Trump-Administration legte es offensichtlich darauf an, sich die vermeintlich feindlichen Firmen eine nach der anderen vorzunehmen.

Aber eine Stimme in meinem Hinterkopf sagte mir, dass diese großen, stark profit- und wettbewerbsorientierten Kanzleien vielleicht nicht in der Lage wären, gemeinsam zu handeln. Zusammen mit Freunden verfolgte ich einen Alternativplan: einen offenen Brief, der von anonymisierten Angestellten aus der gesamten Branche unterzeichnet wurde und in dem wir unsere Arbeitgeber aufforderten, zusammenzustehen. Der Brief wurde außerhalb

der Kanzleien gut aufgenommen, aber intern ernteten wir Schweigen. Dann kündigte die angegriffene Kanzlei Paul Weiss an, einen Deal mit der Regierung einzugehen, und bot 40 Millionen Dollar an kostenloser juristischer Arbeit zur Unterstützung von Trump-freundlichen Anliegen sowie verschiedene andere Zugeständnisse an. Und das, obwohl die Kanzlei Perkins Coie, die als erste von einem Dekret betroffen war, nicht nur einen Rechtsstreit zur Anfechtung eingeleitet, sondern bereits eine einstweilige Verfügung gegen die Durchsetzung erstritten hatte. Jede Kanzlei, die ein Dekret angefochten hat, hat gewonnen. Sie wussten, dass sie gewinnen würden.

### **Erst die Kanzleien, dann die Gerichte**

Die Entscheidung von Paul Weiss machte mir klar, dass das Schweigen, das ich von meiner eigenen Kanzlei erhielt, selbst eine Antwort war: Wie Paul Weiss würden wir kurzfristige Gewinne über die Grundlagen unseres Rechtssystems stellen. Wenn Anwältinnen und Anwälte sich erpressen lassen, keine Fälle mehr zu vertreten, die den Interessen der Mächtigen entgegenstehen, dann muss man nicht einmal Richterinnen und Richter angreifen, um die Justiz auszuhebeln. In dieser Nacht kündigte ich und forderte Skadden auf, die grundlegenden Normen unseres Rechtssystems zu verteidigen. Stattdessen bot Skadden dem Präsidenten acht Tage später kostenlose Rechtsberatung im Wert von 100 Millionen Dollar an, obwohl kein Dekret gegen sie erlassen worden war. Eine Reihe anderer Kanzleien folgte diesem Beispiel.

Nachdem also Trumps Angriffe auf Anwältinnen und Anwälte die Justiz bereits massiv untergraben hatten und er seine Kriegskasse mit zugesagter juristischer Arbeit im Gegenwert von fast einer Milliarde Dollar gefüllt hatte, begann er, die Angriffe auf Richterinnen und Richter zu verstärken. Die Richterin Hannah Dugan aus Wisconsin wurde verhaftet, weil sie einem Migranten erlaubt hatte, ihren Gerichtssaal durch eine Hintertür zu verlassen, und steht nun selbst vor Gericht. Trumps Verbündete im Repräsentantenhaus haben ein Haushaltsgesetz verabschiedet, das vorsieht, dass Gerichte in vielen Fällen nicht mehr in der Lage sein sollen, ihre Beschlüsse durchzusetzen. Dieses Gesetzespaket liegt nun im Senat. Die Regierung hat mehrfach Menschen abgeschoben, obwohl Richter ihre Abschiebung untersagt hatten. Ich könnte noch mehr aufzählen, aber ich vermute, Sie brauchen keine weiteren Beweise dafür, dass das amerikanische Rechtssystem in echten Schwierigkeiten steckt und dass viele prominente Führungspersonlichkeiten darin nicht nur ethisch und moralisch versagen, sondern auch ihre Pflicht gegenüber meinem Land und unserer Welt nicht erfüllen.

Wenn man diese Realität anerkennt, stellt sich die Frage: Warum? Warum handeln so viele Menschen nicht oder auf eine Weise, die eine autoritäre Machtübernahme ermöglicht? Viele amerikanische Anwältinnen und Anwälte, mich eingeschlossen, stellen sich diese Frage, um zu entscheiden, wie wir uns organisieren. Es gibt keine abschließenden Antworten, aber es gibt fünf Gründe, von denen ich glaube, dass sie für europäische Anwältinnen

und Anwälte, die entschlossen sind, ihre eigenen Rechtssysteme gegen autoritäre Übergriffe zu verteidigen, eine wichtige Rolle spielen.

### **Die Gründe für die Komplizenschaft**

Der erste und offensichtlichste Grund ist das Gewinnstreben der Anteilseigner von Wirtschaftskanzleien. Die Buy-in- und Gewinnbeteiligungsstruktur dieser Firmen führt zu geringeren finanziellen Reserven, als es ihre Einnahmen vermuten lassen. Daher ist der stärkste Hebel, den wir haben, dafür zu sorgen, dass Kanzleien, die dem Autoritarismus nachgeben, Klienten und Prestige verlieren. Wenn Sie in einer Kanzlei arbeiten, sollten Sie erwägen, Aufträge von Firmen abzuziehen, die sich Trump gebeugt haben. Wenn Sie in der europäischen Zweigstelle einer Kanzlei arbeiten, die vor Trump kapituliert hat, erwägen Sie, diese zu verlassen. Wir arbeiten hart daran, deutlich zu machen, dass Autoritarismus schlecht fürs Geschäft ist.

Zweitens haben viele Anwälte angesichts der Herausforderungen der Zeit versagt, weil sie zu schlecht organisiert waren, um gemeinsam schnell zu reagieren. In der Privatwirtschaft scheint dies vor allem auf den Wettbewerb um Klienten zurückzuführen zu sein. Im gemeinwohlorientierten Sektor scheint es an der großen Anzahl von Rechtsbereichen und Organisationen zu liegen sowie am Wettbewerb um begrenzte Mittel. Die Schwere der aktuellen Bedrohung hat den Aufbau von Koalitionen beflügelt, aber ich weiß, dass ich nicht die Einzige bin, die sich wünscht, diese Arbeit hätte schon viel früher begonnen. Sie haben die Gelegenheit, diese Arbeit jetzt zu beginnen – und Bündnisarbeit ist nie vergebens, selbst wenn die Dinge hier ganz anders laufen sollten, was ich hoffe.

Drittens konzentrierte die Trump-Administration ihre ersten Angriffe auf den Rechtsstaat auf Gruppen von Menschen, die für das gesamte politische Spektrum beliebte Sündenböcke waren. Die Trump-Regierung und die Vereinigten Staaten insgesamt haben jahrzehntelang Islamophobie und falsche Erzählungen über Migrantinnen und Migranten benutzt, um eine Politik zu rechtfertigen, die die verfassungsmäßigen Rechte umgeht. Es gibt einen Grund dafür, dass die ersten prominenten Verhaftungen in den Vereinigten Staaten, die Meinungsäußerungen verfolgen, auf Personen abzielten, die gegen die wahllose Tötung von Zivilistinnen und Zivilisten in Gaza protestierten. Es gibt einen Grund dafür, dass die ersten Menschen, die ohne Gerichtsverfahren in einer Haftanstalt in El Salvador verschwanden, Latino-Männer waren, die der Bandenzugehörigkeit beschuldigt wurden. Das liegt daran, dass meinen Landsleuten – einschließlich derer mit Juraexamen – beigebracht wurde, einige Gruppen von Menschen so sehr zu fürchten, dass sie zögern, bevor sie ihnen die Menschenrechte zugestehen. Durch dieses Zögern haben wir eine so tiefe Aushöhlung des Rechtsstaats zugelassen, dass sie uns alle mit in den Abgrund reißen könnte. Das ist ein Bereich, in dem die europäischen Länder ähnlich viel zu tun haben. Die Stimmung gegen Migrantinnen und Migranten, insbesondere die Islamfeindlichkeit, ist nach

wie vor stark. Abschiebungen aufgrund von Protesten gegen die tödlichen Angriffe auf die palästinensische Zivilbevölkerung hat es hier in Deutschland bereits gegeben. Es ist nicht leicht, mit diesen Themen umzugehen, und diese Handlungen und Stimmungen beruhen oft auf echten Ängsten. Aber Anwältinnen und Anwälte haben die Pflicht, sich für ein rechtsstaatliches Verfahren für alle einzusetzen, auch wenn die Dinge schwierig sind oder die Menschen Angst haben.

Viertens haben die Anwältinnen und Anwälte in den USA nicht gehandelt, weil sie dachten, das Handeln einer einzelnen Person könne den Autoritarismus nicht aufhalten und es lohne sich daher nicht, allein zu handeln. Der erste Teil ist richtig: Keine einzelne Person kann den Schlamassel, in dem wir uns befinden, beheben. Daraus folgt aber nicht, dass es sich nur lohnt zu handeln, wenn wir alle unsere Ziele im Alleingang erreichen können. Tatsächlich dient der Mythos des einsamen Helden nur dem Aufstieg von Diktatoren. Gemeinsames Vorgehen in einer Koalition ist immer effektiver, aber manchmal müssen die Menschen sehen, dass eine Person handelt, um ihre innere Stimme lauter werden zu lassen, die ihnen sagt, dass auch sie handeln sollten.

In den Wochen vor meiner Kündigung habe ich mich oft gefragt, warum alle so tun, als hätte sich nichts geändert, warum niemand anders handelt als zuvor. Ich beschloss, anders zu handeln, falls auch viele andere sich diese Frage stellen würden. Ich hatte nicht erwartet, dass so viele andere das Gleiche dachten. Die Lehre daraus ist natürlich, dass individuelle Handlungen immense Macht haben. Aber dieser volle Saal macht mir Hoffnung, dass niemand von uns in Zukunft allein handeln muss.

### **Mut erfordert Übung**

Und schließlich haben meine Zunft und viele andere nicht gehandelt, weil sie den Mut nicht eingeübt hatten. Audre Lorde, eine amerikanische Schriftstellerin und Aktivistin, schrieb einmal, dass „man stark wird, wenn man die Dinge tut, für die man stark sein muss“. Oft werde ich gefragt, warum ich mutig bin. Ich bin mutig, weil ich es übe, und mir klar ist: Wenn ich jetzt nicht mutig handle, dann werde ich später, wenn die Dinge noch schwieriger sind, sicher nicht mutig sein. Ich glaube, die Situation wird besser werden, aber ich weiß auch, dass sie zunächst schlechter wird. Die Folgen von mutigem Handeln werden wahrscheinlich härter werden. Um mutig genug zu sein, um mich ihnen dann zu stellen, muss ich jetzt üben und mutig handeln.

Auch Sie müssen jetzt den Mut einüben. Die Islamophobie, die Stimmung gegen Migration und Vielfalt, die mangelnde Bereitschaft, internationales Recht zu befolgen oder durchzusetzen, wenn die Rechtsverletzer Verbündete sind – all das gibt es bereits in Deutschland. All das muss bekämpft werden. Die Zukunft wird Stärke und Mut erfordern. Wir sind stärker und mutiger, wenn wir üben. Und gemeinsam sind wir am stärksten und am mutigsten.

*Übersetzung: Ferdinand Muggenthaler.*